Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
FB 42	S0173/24	20.03.2024
zum/zur		
A0049/24 SPD-Stadtratsfraktion, Christoph Abel		
Bezeichnung		
„Schutz und Erhalt von Stadtkultur: Maßnahmen zur Sicherung wertvoller Skulpturen vor Diebstahl und Vandalismus,“		
Verteiler	Tag	
Die Oberbürgermeisterin	26.03.2024	
Kulturausschuss	24.04.2024	
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	25.04.2024	
Finanz- und Grundstücksausschuss	15.05.2024	
Stadtrat	13.06.2024	

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt zu prüfen:

- 1. unter Berücksichtigung aller Möglichkeiten, wie wertvolle Skulpturen und Denkmäler besser vor Diebstahl und Vandalismus geschützt werden können. Darunter fällt insbesondere, ob man die Kulturgüter mit einer Alarmsicherung, z.B. Anti-Vibrations-Diebstahlschutz, ausstatten kann und welche Kosten dafür anfallen.*
- 2. von welchen Skulpturen 3-D-Scans vorliegen, um im Bedarfsfall ein Replikat anfertigen zu können. Bei den Skulpturen bei denen noch kein 3-D-Scan vorliegt, ist ein Scan anzufertigen.*
- 3. ob mögliche Kosten aus dem aktuellen Haushaltsplan finanziert werden können, ansonsten sind die Mittel im Haushaltsplanentwurf 2025 einzuplanen.*

Begründung:

Zwischen dem 12. und 14. Januar 2024 wurde laut Polizeiangaben das Kunstwerk am Brunnen am Bruno-Taut-Ring in Magdeburg-Olvenstedt, das vom Künstler Heinrich Apel im Jahr 1991 geschaffen wurde, teilweise abgetrennt. Es war nicht der erste Fall, bei dem öffentliche Kunstwerke zerstört wurden. Bereits im Juni 2023 wurde eine Figur – ebenfalls spielender Kinder – am Schleinufer zerstört. Weitere Fälle dieser Art, sind also nicht auszuschließen. Da keine detaillierten Pläne der spielenden Kinder am Schleinufer existieren, ist dieses Kunstwerk unwiederbringlich zerstört.

Öffentliche Skulpturen verschönern nicht nur die Umgebung, sie tragen auch wesentlich zur Erinnerungskultur bei, indem historische Ereignisse gewürdigt, soziale Werte vermittelt, oder Stadtgeschichte erzählt wird. Die oben vorgeschlagenen Maßnahmen sollen zum einen dazu beitragen, es Dieben möglichst schwer zu machen, Kunstwerke unbemerkt zu entwenden, zum anderen muss aber auch Sorge dafür getragen werden, dass von gestohlenen Kunstwerken ein Replikat hergestellt werden kann.

Zum Antrag A0049/24 vom 23.02.2024 mit dem Kurztitel „Schutz und Erhalt von Stadtkultur: Maßnahmen zur Sicherung wertvoller Skulpturen vor Diebstahl und Vandalismus“ nimmt der FB 42 – Kunst und Kultur in Abstimmung mit der Unteren Denkmalschutzbehörde wie folgt Stellung:

Der Antrag wird von der Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Fachbereich Kunst und Kultur (FB 42) grundsätzlich befürwortet.

Unter den beschädigten Skulpturen im öffentlichen Raum befinden sich auch Kulturdenkmale im Sinne des Denkmalschutzgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt. In den vergangenen Jahren wurde beispielsweise das Reichseinigungsdenkmal im Park am Fürstenwall wiederholt beschmiert.

Der Diebstahl einer wertvollen Metallskulptur, Spielende Mädchen, in den denkmalgeschützten Freianlagen des Petriförder schafft einen unwiederbringlichen Verlust an Kultur in der Landeshauptstadt Magdeburg.

Da das Thema des Vandalismus weit über den Skulpturenbestand hinausgeht und beispielsweise sogenannte „Fußballfans“ in erheblicher Weise bauliche Anlagen beschmieren und bekleben, sollten die Möglichkeiten einer wirkungsvollen Prävention zwischen der Landeshauptstadt Magdeburg und der Polizeidirektion Magdeburg besprochen werden. Eine Reaktivierung der Kriminalpräventiven Beirats wird von der Unteren Denkmalschutzbehörde für sinnvoll gehalten.

Gemäß Antrag ist zu prüfen, wie Skulpturen und Denkmäler besser vor Diebstahl und Vandalismus geschützt werden könnten. Inwieweit die im Folgenden aufgeführten Maßnahmen tatsächlich geeignet und umsetzbar sind, wird im Anschluss erörtert.

1. organisatorische/personelle Maßnahmen

- Gefährdungsbeurteilung der Standorte durch Experten für Sicherheit und Prävention
- verstärkte Bestreifung seitens der Außendienstmitarbeiter des Ordnungsamtes und der Polizei (FB 32 – Sicherheit und Ordnung)
- Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, das Bewusstsein für den Wert und das Verantwortungsgefühl für die Kunst im öffentlichen Raum zu erhöhen (BOB Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Marketing)
- AGH-Maßnahme mit täglichen Kontrollgängen (Amt 50, Arbeitsmarktpolitik, Stab IV/01)

2. technische Maßnahmen

- Errichtung von zusätzlichen Beleuchtungssystemen im Rahmen der nächtlichen Straßenbeleuchtung und Verkehrsleiteinrichtungen (Amt 66, FB 67)
- Installation von geeigneten Alarmsystemen (z. B. Tracker, Sensoren, Bewegungsmelder etc.)
- Videoüberwachung

3. bauliche/mechanische Maßnahmen

- zusätzliche Verankerungen

Zu Punkt 1 – organisatorische/personelle Maßnahmen:

Die Erörterung der organisatorischen und personellen Kapazitäten für eine verstärkte Bestreifung liegt im Zuständigkeitsbereich des FB 32 – Sicherheit und Ordnung in Absprache mit der Polizei und dem Kriminalpräventiven Beirat.

Die zur Fortsetzung für 2024 erneut beantragte AGH-Maßnahme „Kunstwerke im öffentlichen Raum optisch ansprechend präsentieren“ wurde bedauerlicherweise abgelehnt. Das ist personell ein nicht kompensierbarer Verlust in der permanenten Kontrolle der Kunstwerke. Eine nachträgliche Bewilligung würde Abhilfe schaffen und eine Verbesserung der Situation bewirken.

Zu Punkt 2 – technische Maßnahmen:

Zusätzliche Beleuchtungssysteme sind mit hohen Anschaffungs-, Bau- und Betriebskosten verbunden. Die Themen Lichtverschmutzung und Umweltschutz müssten hierbei erörtert und in Einklang gebracht werden ([A0193/19](#); [S0547/19](#)).

Zertifizierte Alarmanlagen für den öffentlichen Freiraum mit einer geprüften Eignung für Skulpturen im Außenbereich sind nicht bekannt. Die Polizei empfiehlt grundsätzlich nur Einbruch-/Diebstahmeldeanlagen (EMA) mit Zertifikat einzusetzen. Nicht-ortsgebundene Funk-Überfall-/Diebstahlmelder sind bedenklich, da sie durch Störsender ihre Funktion verlieren könnten. In der bundeseinheitlichen Richtlinie für Überfall-/Einbruchmeldeanlagen bzw. Anlagen für Notfälle/Gefahren mit Anschluss an die Polizei (ÜEA-Richtlinie) steht: „Der Betreiber ist schriftlich darauf hinzuweisen, dass nicht-ortsgebundene Funk-Überfallmelder nur innerhalb der jeweils für den Melder festgelegten Meldebereiche benutzt werden dürfen und dass in Folge der Technik „Funk“ nicht von einer 100%igen Erkennung einer ausgelösten Meldung ausgegangen werden kann.“ (ÜEA-Richtlinie, Seite 16) Die höchste Sicherheit wird daher mit der Verlegung von Kabeln erreicht. Das betrifft Melder, Energiequellen, Verbindungen, Alarmübertragungsanlagen und Signalgeber die mit der Notrufleitstelle verbunden sind. Für die Planung und Herstellung der erforderlichen leitungsgebundenen Infrastruktur für ein Alarmsystem, das städtische Kunstwerke in Magdeburg verbindet, wäre seitens des Tiefbauamts ein Planungsbüro mit der Erstellung einer HU und Grobkostenschätzung zu beauftragen.

Außen am Objekt angebrachte Tracker oder Sensoren sind nicht sinnvoll oder wirksam, da sie sich leicht entfernen oder zerstören ließen. Auch Bewegungsmelder mit Warnsignal sind nicht nützlich, auch wenn diese denn „unsichtbar“ installiert und an eine Strom- und Signalleitung angeschlossen werden könnten, da sie nicht zwischen Passanten und Tätern mit kriminellen Absichten unterscheiden. Ein permanenter Alarm wäre die Folge. Das Aufbohren/Aufschlitzen der Kunstwerke oder der Sockel, um elektronische Sicherheitssysteme im Inneren der Skulpturen und Denkmale versteckt zu installieren ist ebenfalls nicht möglich.

Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum ist ein umstrittenes Thema. Es wirft im Rahmen des Datenschutzes Fragen auf. Zusätzliche Sicherheit sollte bzw. darf Freiheit nicht einschränken. Durch Videoüberwachung wird jedoch in Persönlichkeitsrechte eingegriffen. Welche Anforderungen an die Videoüberwachung öffentlicher Räume gestellt werden, ist in der Publikation des Deutschen Bundestags „Rechtsgrundlagen der Videoüberwachung in den Bundesländern“ erklärt (Anlage). Aus polizeilicher Sicht gibt es keinerlei rechtliche Handlungsmöglichkeiten. Die Polizei darf nur unter eng definierten Voraussetzungen Videoüberwachungen vornehmen. Diese Voraussetzungen sind nach polizeilicher Einschätzung bei den Kunstwerken in Magdeburg nicht gegeben.

Zu Punkt 3 - bauliche/mechanische Maßnahmen:

Zusätzliche Verankerungen sind nicht erforderlich, da alle Skulpturen grundsätzlich mit dem höchstmöglichen Maß an Festigkeit mit dem Fundament und dem Sockel verbunden werden. Lockerungen werden sofort behoben.

Eine Anfrage zur Versicherung gegen Vandalismus und Diebstahl von Kunstwerken im Freien hatte das Rechtsamt im Auftrag der Magdeburger Museen bereits 1997 geprüft und abschließend abgelehnt. Gemeinsam mit der ÖSA und einem Mitarbeiter des Kunstmuseums wurden alle Kunstwerke im Skulpturenpark (ca. 45) im Freien erfasst und per Foto dokumentiert. Zur Versicherung von Plastiken im Freien ist anzumerken, dass dies normalerweise nicht möglich ist, da die „Allgefahrendeckung“, die die ÖSA in der Museumspolice für das Kunst- und Kulturgut der Stadt Magdeburg bietet u. a. voraussetzt, dass die Exponate ständig beaufsichtigt werden. Dennoch unterbreitete die ÖSA der Stadt Magdeburg ein Angebot. Die Versicherungssumme der Plastiken belief sich im Jahr 1997 auf 1.378.000,00 DM. Die jährliche Versicherungsprämie belief sich auf 16.536,00 DM.

Unter Berücksichtigung der angefallenen Schäden im Vergleich zur anfallenden Versicherungsprämie entschied sich die Stadtverwaltung dazu, die Plastiken im Freien nicht zu versichern. Unter heutigen Gesichtspunkten würde sich die Versicherungssumme mindestens verdoppeln und die Prämie würde sich verdoppeln bzw. verdreifachen.

Nach dieser Anfrage zur Versicherung der Plastiken erhielt das Sachgebiet Schadens- und Versicherungsangelegenheiten im Rechtsamt keine weitere Nachfrage zur Versicherung von Skulpturen im Freien.

In der Annahme, dass es bei den Diebstählen grundsätzlich um den Materialwert geht, sollten vorrangig Bronzeplastiken zur Sicherung gescannt werden. Gegenwärtig existieren keine 3-D-Scans von Kunstwerken und Denkmälern. Eine Kostenschätzung für einen 3-D-Scan einer lebensgroßen Bronzeplastik wurde mit mindestens 2.000,00 EUR beziffert. Der Scan einer überlebensgroßen, monumentalen oder mehrteiligen Bronze oder anderweitig komplizierten Plastiken könnte die zwei- bis dreifachen Kosten verursachen.

Bei einem Bestand von 51 unterschiedlich großen Bronzearbeiten des Kulturbüros und ca. 45 Bronzen im Skulpturenpark des Kunstmuseums und einem angenommenen Durchschnittswert für einen 3-D-Scan in Höhe von ca. 4.500,00 EUR müssten allein für das Einscannen der Bronzen ca. 432.000,00 EUR zur Verfügung gestellt werden. In dieser Grobkostenschätzung sind die Herstellung eines Abgusses mit vorausgehendem 3-D-Druck eines Modells nicht enthalten.

Sollte auf der Grundlage digitaler Daten ein gestohlenes Kunstwerk wiederhergestellt werden, handelt es sich um eine Kopie und nicht um ein Replikat. Das heißt, das Original ist auch dann unwiederbringlich verloren. Bei der Anfertigung einer Kopie ist das Urheberrecht zu beachten. Die urheberrechtliche Schutzfrist endet 70 Jahre nach dem Tod der/des Künstler*in/s., das heißt, sie besteht von der Schaffung des Werkes an während der ganzen Lebensdauer der/des Schaffenden und 70 Jahre nach ihrem/seinem Tod. Mit dem Tode der/des Urheber*in/s geht das entsprechende Recht auf die Erben über, die dann über solche Maßnahmen entscheiden müssten.

Der Einsatz von Videoüberwachungssystemen ist nicht erlaubt. Für die Herstellung der erforderlichen Infrastruktur für ein flächendeckendes, leitungsgebundenes Alarmsystem mit Anschluss an eine Notrufleitstelle ist davon auszugehen, dass die Bau- und Installations- wie auch die Wartungs- und Folgekosten in keinem zu rechtfertigenden Nutzen-Kosten-Verhältnis stehen, zumal alle bekannten Alarmsysteme speziell für Gebäude, wie bspw. Museen, konzipiert sind und nicht auf den öffentlichen Freiraum übertragbar sind. Aus diesen Gründen empfiehlt die Verwaltung die Ablehnung des Antrags A0049/24.

Stieler-Hinz